

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gepaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingeladene die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 46

Bad Schandau, Dienstag, den 8. April 1919

63. Jahrgang

Verkauf von Heereskraftwagen im Freistaate Sachsen.

Die Landesstelle Sachsen des Reichsverwertungsamtes wird durch ihre Abteilung für Kraftfahrwesen jetzt mit dem Verkauf von Heereskraftwagen beginnen. Die Kaufgesuche sind an die Verkaufsabteilung der Sächs. Abteilung für Kraftfahrwesen in Leipzig-Thonberg, Reichenhainer Str. 168, zu richten.

Zum Verkauf kommen zunächst:

Neue Personenkraftwagen über 14 PS., gebrauchte Personenkraftwagen ohne Einschränkung, nicht instandgesetzte, nicht betriebsfähige Lastkraftwagen aller Art, instandgesetzte Kraftfahräder.

Berücksichtigt werden zunächst:

Die Gesuche von Behörden, ferner von Betriebsgesellschaften, Gewerbeunternehmern und Privaten einschließlichschwermetallbeschädigter, welche die Notwendigkeit zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen behördlich nachweisen.

Für später sind öffentliche Versteigerungen in Aussicht genommen.

Bereits eingegangene Kaufgesuche werden, sofern eine amtliche Dringlichkeitsbescheinigung vorliegt, nach Möglichkeit berücksichtigt. Alle den Verkauf von Heereskraftwagen betreffende Anfragen sind unmittelbar an die obgenannte Verkaufsabteilung zu richten. Persönliche Rückfragen in Leipzig, Zwickau, Coswig und Dresden sind zwecklos.

Dresden, den 5. April 1919.

Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.

3686

Lebensmittel betr.

Kartoffeln und Sauerkraut bei Saase. Es werden beliefert die Bezirkskartoffelmarken Y und Z mit je 4 Pfund Kartoffeln und 2 Pfund Sauerkraut. Preis für Kartoffeln 15 Pfg. das Pfund.

Schandau, am 8. April 1919.

Der Stadtrat.

Rohlenversorgung betr.

Es können beliefert werden:

die Abschnitte 14 der **Bezirkskohlengrundkarte** mit je $\frac{3}{4}$ Ztr., sowie 17 und 18 der grünen **Zusatzkarte** mit zusammen $\frac{3}{4}$ Ztr. **Briketts.**

Ausgabe für die Häuser 1—150 Mittwoch, den 9. d. Ms., vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr, für die Häuser 151—264 **Donnerstag**, den 10. d. Ms., vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr bei **Mertigs.**

Schandau, den 8. April 1919.

Der Stadtrat.

Die Stadt-Sparkasse Schandau verzinst Einlagen täglich mit $\frac{3}{2}$ Prozent. Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Lenins Befehring.

In demselben Augenblick, da in München die bayerische Räterepublik ausgerufen wird und da auch das ganze Deutsche Reich dem gleichen Endziele zusteuert, meldet sich im Vorwärts ein ungenannter, aber sicherlich namhafter Genosse zum Wort, um nicht mehr und nicht weniger festzustellen, als daß Lenin und Trotski, die beiden Väter dieses Staatssystems, innerlich wie äußerlich längst wieder über ihre Erfindung hinausgewachsen sind. Ihre Sendlinge, die bei uns und anderwärts die Revolution immer weiter vorwärtstreiben, scheinen den Faden, der sie mit ihrer heimlichen Entwicklung verbinden soll, verloren zu haben; um so interessanter ist es deshalb, von anderer zutändiger Seite zu erfahren, wie rasch und wie gründlich die gegenwärtigen Lenner des russischen Staates sich von ihren verhängnisvollen Irrlehren befreit haben.

Do wird zunächst davon ausgegangen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland nach Ausbruch der ersten Revolution im Jahre 1905 die Aufgabe hatten, einen kümmerlichen Erlass zu bilden für irgendeine Art von Organisation, die dem russischen Proletariat in jenem entscheidenden Augenblick nicht zur Verfügung stand. Denn alles, was nach Demokratie schmeckte, war vom Barentum rückhaltlos unterdrückt worden. Die deutschen Arbeiter dagegen hatten in langwieriger schöpferischer Tätigkeit wohlausegebaut, einflussreiche Vertretungskörper für ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen geschaffen, so daß ein wirkliches Bedürfnis für die Entwicklung des Räteregimes in ihren Reihen gar nicht vorhanden war. Aber Lenin hat sich auch tatsächlich sehr bald überzeugt, daß mit dieser Organisationsform eine kleine Minderheit sich wohl diktatorisch behaupten kann, jedoch nur auf Kosten des gesamten Wirtschaftslebens, dessen Zerrüttung sich vor seinen Augen in rasendem Tempo vollendete. Und was tat er, um ihr, so weit überhaupt noch möglich, ein Halt zu gebieten? Er führte in Fabrik und Handwerk die Affordarbeit wieder ein, vor der sonst jeder „revolutionäre“ Arbeiter sich dreimal zu betreuigen pflegt. Er befahl zweitens die Anstellung von Spezialisten für den Arbeitsprozeß, also von Borarbeitern, Meistern, technischen und kaufmännischen Betriebsleitern, die seine Leute vorher überall entweder davongelagt oder totgeschlagen hatten. Sie sollen durch Gehälter bis zu 100 000 Rubel wieder für ihre alte Arbeit gewonnen werden — man denke, im kommunistischen Rußland, wo doch jetzt alles über einen Kamm geschoren werden muß! Und damit sie auch in stande sind, die Produktion wieder in Gang zu bringen, wird das berühmte Taylorsystem in den Fabriken eingeführt, eine Erfindung höchstgefeigerten amerikanischen Erwerbsgeistes, dessen Sinn darin besteht, die Arbeitskraft jedes einzelnen Mannes bis zum äußersten anzuspinnen und auszunutzen, um den Produktionsprozeß soweit wie nur irgend möglich zu verbilligen. Ein wahrer Triumph des Kapitalismus also, dessen Untergang die Jünger der Revolution an erster Stelle auf ihre Fahne geschrieben haben. Das sind Zugeständnisse an die Arbeitsmethoden der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft, wie sie weitgehender nicht gedacht werden können. Aber was hilft's? Hat doch auch der leidenschaftliche Trotski es direkt aussprechen müssen, daß die besten Vertreter der Arbeiterklasse, wenn sie die nötigen technischen Kenntnisse nicht besitzen, nicht einen einzigen ausgebildeten Fachmann ersetzen können. Auf das dringendste

empfiehlt er Selbstbeschränkung der Arbeiterklasse auf Kosten ihrer „kameradschaftlichen Initiative“, die geneigt sei, nur noch gewählte Vertrauensmänner zuzulassen, während doch die freie Tätigkeit verantwortlicher Fachmänner, die nicht durch unfaßliche Kontrollinstanzen in ihrem Schaffen gehemmt seien, gar nicht entbehrt werden könne. Hier wird also den Fabrik- und Betriebsräten von ihrem ureigensten Erfinder das Todesurteil gesprochen: sie sind der Tod der Initiative des allein zuständigen Fachmannes.

Genau so absprechend lautet Trotskis Urteil über die Soldatenräte. Auch seine rote Armee muß, daß hat er längst eingesehen, ohne Heranziehung militärischer Spezialisten ein totes Instrument bleiben — also gibt er sich die größte Mühe, die früheren Offiziere und Generale für seine Arbeit zu gewinnen. Er hat sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß auf dem Kommandogebiet, in allen Operations- und Kampffragen die volle und ausschließliche Verantwortung den Offizieren zuzuführen muß, und daß ihnen deshalb die notwendigen Rechte ohne jede Einschränkung zu gewähren sind. Das Wahlprinzip, also das System der Soldatenräte, erklärt er unter der jetzigen Herrschaft für politisch zwecklos und für technisch unmöglich — und deshalb hat er es kurzerhand durch ein Dekret aufgehoben. Das Gespenst der Gegenrevolution hat ihn auf der Umkehr von einem als Irweg erkannten System nicht aufhalten können; er ist eben ein Mann der Tat, nicht des Wortes. Und mit Recht fragt der Vorwärts: „Müssen wir in Deutschland notwendigerweise erst alle Fehler, die in Rußland schon überwunden werden, machen? Müssen wir durch alle Irrungen und Wirrungen des vollständigen Zusammenbruchs hindurchgehen, um endlich eines Tages auch zu erkennen, wie Trotski und Lenin erkannt haben, daß wir mit den Ubertreibungen des Räteregimes auf einen falschem Weg waren?“

Müssen wir? Das ist die Frage. Es scheint fast so, daß wir müssen. Jetzt beherrscht es die Köpfe unserer Arbeiter, und niemand hört mehr auf Warnungen, selbst wenn sie aus noch so berufenem Munde kommen.

Die letzte große Machtprobe.

Eine Warnung der Regierung in zwölfter Stunde. Berlin, 7. April.

Die Reichsregierung veröffentlicht folgende warnende Kundgebung:

Die Anzeichen mehrten sich, daß die Woche des Räteregresses von den Spartakisten und dem ihnen nahestehenden linken Flügel der Unabhängigen zu einer letzten großen Machtprobe mißbraucht werden soll. Die Genannten sehen in den freiwilligen Korps mit Recht das Hindernis des Umsturzes und der Anarchie. Da sie ihnen nicht anders beizukommen vermögen, versuchen sie, den einzelnen, der sich anwerben läßt, abzuschrecken.

Weiter heißt es in der Kundgebung: Die Regierungstruppen haben in den schlimmsten Tagen die Republik vor der Zerstörung bewahrt. Die Reichsregierung wird ihnen das nie vergessen. Abgesehen von allen streng zu verurteilenden und zu bestrafenden Ausschreitungen, gebührt ihnen Dank und Schutz. Beides soll ihnen werden. Der Reichswehrminister hat die Photographien der von Spartakisten niedergemetelten und verstümmelten Regierungssoldaten nach beglaubigten Aufnahmen der Ärzte jetzt veröffentlicht. Die Unabhängigen haben von

Druckerei zu Druckerei versucht, die Herstellung des ihnen so unangenehmen Dokumentenbeweises zu verhindern. Es ist nicht gelungen, und die Bilder geben nun die von Moskito versprochene Antwort auf die Behauptungen Saases in der Nationalversammlung, Ausschreitungen gegen Regierungsdaten seien gar nicht vorgekommen.

Die Wählerarbeit der „Freiheit“.

Inzwischen führt die „Freiheit“, — sagt die Regierungserklärung, — die allen anderen Blättern Unwahrhaftigkeit vorwirft, ihren Kampf mit den unerhörtesten Lügen weiter: Die Sonntagsausgabe vom 6. April veröffentlicht eine angebliche Ansprache des Majors von Stockhausen in Berlin, die u. a. den Satz enthält: „Für uns sind diese Unruhen das Beste, was es geben kann“. Die Rede würde, soweit die Überschrift, unter der die „Freiheit“ sie bringt, „Ein neuer Anschlag der Statextremen“, rechtfertigen — wenn sie gehalten worden wäre. Diese ganze Ansprache von Stockhausen ist vom ersten bis zum letzten Wort erfunden, ebenso wie die Zusammenkunft der ihm unterstellten Formationen. Wir wissen nicht, was aus der geheimen Agitation zu einem Generalstreik am 8. April erwächst. Eines sei aber heute schon festgestellt: Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, trägt den Hauptteil aller Schuld, wenn wieder Arbeiter durch Lügen verhetzt, zu den Waffen greifen und aufs neue Blut fließt.

Keine Massenhaftbefehle.

Die agitatorisch verbreitete Behauptung, es seien gegen kommunistische und unabhängige Arbeiterräte sowie gegen die Mitglieder der kommunistischen Partei in Groß-Berlin bereits mehr als 200 Haftbefehle erlassen, entspricht nicht den Tatsachen. Es versteht sich indessen — so wird halbamtlich gemeldet — von selbst, daß Verbrecher auch dann verhaftet werden, wenn sie einer der genannten politischen Gruppierungen angehören.

Räterepublik in Bayern.

Andersung in München. — Die alte Regierung bleibt trotzdem! — Die verächtliche Reichsregierung. — Das Revolutionstribunal. — Beschlagnahme aller Vermögen.

Was in Bayern schon seit einiger Zeit zu erwarten war, ist nun Wirklichkeit geworden, wie folgende Meldung besagt:

München, 7. April.

Nach Mitternacht wurde im Wittelsbacher Palais in Anwesenheit des Münchener Zentralrates, sowie von Vertretern der drei sozialistischen Parteien und des revolutionären Arbeiterrats die bayerische Räterepublik ausgerufen. In den früher von der königlichen Familie bewohnten Räumen herrschte ein bewegtes Treiben.

Die unruhigen Köpfe in München haben also für den Augenblick gestiegt. Ob sie sich völlig durchsetzen können, erscheint nicht gewiß, da, wie auch der Vorwärts betont, kaum die Mehrzahl der Bewohner Münchens, geschweige ganz Bayerns, hinter der Bewegung stehen dürfte.

Gehe zu Juden- und Bürgerpogromen.

In München herrscht im Augenblick noch Ruhe, es scheint aber die Ruhe vor dem Sturm zu sein. Auf den Plätzen und Straßen wird auch bereits von den Kommunisten laut und frei zu Pogromen gegen die Juden und gegen die Bürgerschaft aufgerufen. Das 1. bayerische